

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/007/2010

Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs am 01.03.2010

Zu Punkt 10: Haushalt 2010

Verfahren der Haushaltsberatungen

Der Vorsitzende rief das in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs fallende Produkt auf. Die Anträge der Fraktionen standen dort zur Beratung und Beschlussfassung an. Es erfolgte zunächst eine Abstimmung über die Veränderungsanträge und abschließend die Gesamtabstimmung über den Haushalt zum Produkt 12.02.01 als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag

Abstimmung über Änderungsanträge

Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV) Produkt 12.02.01

Produkt 12.02.01 (Ziffer 1 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Fraktion UWG-ME

Seite 937 (Ziele in der Produktübersicht)

Die Fraktion UWG-ME beantragt die Aufnahme des folgenden Ziels beim Produkt 12.02.01:
Versorgung des Kreisgebietes mit einem bedarfsgerechten ÖPNV unter Berücksichtigung und Nutzung von Wirtschaftlichkeits-, Qualitäts-, Mitgliedschafts- und Beteiligungsaspekten

Begründung

Eines der Hauptprobleme waren in den vergangenen Jahren Qualitätsmängel. Der Passus „vor allem des SPNV im Kreis“ wurde gestrichen, da der VRR für den SPNV zuständig ist und daher eine Einflussnahme hier nicht gegeben ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV) Produkt 12.02.01

Produkt 12.02.01 (Ziffer 2 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seite 937 (Ziele in der Produktübersicht)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Aufnahme des folgenden Ziels beim Produkt 12.02.01:
Verbesserung des ÖPNV-Angebotes – Vernetzung der kreisangehörigen Städte und spezifischer Kulturstandorte

Begründung

Erfolgreiche Veranstaltungen wie die Biennale und Nacht der Museen haben gezeigt, dass es einen großen Bedarf für intensiv vernetzten und getackelten ÖPNV innerhalb des Kreisgebietes, in Bezug auf Kulturstandorte gibt.

Die Vorhaltung eines solchen Angebotes vermindert den Individualverkehr, verschont Flächen vor der Parkraumbewirtschaftung und erschließt allen Bevölkerungsgruppen die kostengünstige Teilhabe an Kulturangeboten.

Schließlich erscheint eine solche Vernetzung unter dem modernen Servicegedanken in Bezug auf das Tourismuskonzept des Kreises als unverzichtbar.

Die Verwaltung gibt zu bedenken, dass der Kreis nur für konzessionierte Linienangebote zuständig ist, es hier jedoch eher um gelegentliche Zusatzangebote geht. Es wird vorgeschlagen, die Möglichkeit der Vernetzung von Kulturstandorten als Prüfauftrag im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes aufzunehmen.

Dieser Vorschlag findet im Ausschuss allgemeine Zustimmung, so dass die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag zurückzieht.**

Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV) Produkt 12.02.01

Produkt 12.02.01 (Ziffer 3 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seite 937 (Ziele in der Produktübersicht)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Aufnahme des folgenden Ziels beim Produkt 12.02.01:

Verbesserung der Mobilität von Menschen mit geringem Einkommen, indem die Einführung eines Sozialtickets innerhalb des VRR unterstützt wird

Begründung

Die beabsichtigte Einführung eines Sozialtickets wird von den Vertreterinnen und Vertretern des Kreises Mettmann in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR zielführend begleitet. Anzustreben ist eine Lösung, die nicht zu Lasten der kreisangehörigen Städte oder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe erfolgt. Das Sozialticket soll die Mobilität auch jener Bürgerinnen und Bürger sichern, die zum Personenkreis SGB II und SGB XII zählen oder deren Einkommen nur bis zu 10 % über den Zuwendungen für den vorgenannten Personenkreis liegen.

Nach kurzer Diskussion, unter anderem darüber, ob der Veränderungsantrag zum Haushalt 2010 richtig positioniert ist oder besser zu einem spätern Zeitpunkt noch einmal eingebracht werden sollte, **zieht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag zurück.** Es soll zunächst die Machbarkeitsstudie des VRR abgewartet werden.

Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV)
Produkt 12.02.01

Produkt 12.02.01 (Ziffer 4 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Verwaltung

Seite 939, Zeile 2

Beträge in €	2010	2011	2012	2013
Planansatz (alt)	10.817.950	10.817.950	10.817.950	10.817.950
Ansatz (neu)	9.817.950	9.817.950	9.817.950	9.817.950

Begründung

Der Ansatz berücksichtigt die Sonderumlagenzahlungen der kreisangehörigen Städte.
Die Sonderumlage Zweckverband VRR beinhaltet u.a. die Ergebnisrechnung des Zweckverbandes VRR aus dem Jahr 2008. Das um 1 Mio. € verbesserte Ergebnis 2008 führt zu einer entsprechend verringerten Sonderumlage VRR der kreisangehörigen Städte.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV)
Produkt 12.02.01

Produkt 12.02.01 (Ziffer 5 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Verwaltung

Seite 939, Zeile 15

Beträge in €	2010	2011	2012	2013
Planansatz (alt)	10.548.350	10.548.350	10.548.350	10.548.350
Ansatz (neu)	9.548.350	9.548.350	9.548.350	9.548.350

Begründung

Der Ansatz berücksichtigt u.a. die Ergebnisrechnung des Zweckverbandes VRR aus dem Jahr 2008.
Das um 1 Mio. € verbesserte Ergebnis 2008 führt zu einer entsprechend verringerten Umlageverpflichtung im Wege der Sonderumlage VRR gegenüber dem Verkehrsverbund Rhein Ruhr.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gesamtabstimmung zum Haushalt

Beschluss:

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2010 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen